

ANTRAG

Gremium: Erste ordentliche Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Berlin 2024

Beschlussdatum: 03.03.2024

Tagesordnungspunkt: 4 Verschiedene Anträge

V10 neu: Solidarität mit allen Betroffenen des Krieges in Israel und Gaza - Ceasefire Now! Bring them Home now!

Antragstext

Solidarität mit allen Betroffenen! Für ein Ende der Gewalt!

Die GRÜNE JUGEND Berlin erklärt sich solidarisch mit allen Betroffenen des Israel-Palästina-Konflikts und fordert ein sofortiges Ende der Gewalt gegen Zivilist*innen in Israel, Gaza und dem Westjordanland. Es muss Frieden und Gerechtigkeit geben.

In Solidarität mit allen Betroffenen innerhalb der Zivilgesellschaft Berlins, die Opfer von rassistischen oder antisemitischen Angriffen wurden oder Angehörige verloren haben, sowohl Palästinenser*innen als auch Jüdinnen*Juden, verurteilen wir nachdrücklich:

- Die brutale antisemitische und völkerrechtswidrige Vernichtungsaktion seitens der Terrororganisationen Hamas, "Islamischer Dschihad in Palästina" (PIJ), PFLP und weiterer auf Israel am 07. Oktober 2023. Uns bestürzt dabei auch das Ausmaß an systematischer geschlechtsspezifischer Gewalt und ihr gezielter Einsatz als Mittel des Terrors.
- Den andauernden Terror gegen Israel sowohl aus Gaza durch Hamas, PIJ, PFLP und weiteren als auch aus Libanon, insbesondere durch die Hisbollah.
- Jene Militäroperationen der israelischen Regierung, die zu tausendfachen

19 Tod und Vertreibung von Zivilist*innen geführt haben und über das
20 völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung hinausgehen. Auch
21 hier verurteilen wir jede Form geschlechtsspezifischer Gewalt.

- 22 • Die antisemitischen Attacken auf Synagogen, jüdische Bürger*innen und
23 jüdische Einrichtungen in Berlin, wie den Angriff auf die Gemeinde Kahal
24 Adass Jisroel am 18. Oktober 2023.
- 25 • Wir sehen die zahlreichen diskursverhindernden Absagen und Störaktionen
26 bei Veranstaltungen im Wissenschafts-, Kunst- und Kulturbereich, sowie von
27 Ausstellungen und Theateraufführungen, welche den Israel-Palästina-
28 Konflikt oder jüdisches oder palästinensisches Leben thematisieren, sehr
29 kritisch. Kunst-, Kultur- und Meinungsfreiheit sind ein hohes Gut unserer
30 Demokratie und müssen gerade in Zeiten des Konflikts geschützt werden.
- 31 • Die illegale Siedlungspolitik durch die israelische Regierung und die
32 damit einhergehende Gewalt durch IDF und Siedler*innen gegen
33 Palästinenser*innen im Westjordanland.
- 34 • Die völkerrechtswidrigen Vertreibungs- und Vernichtungsfantasien, die von
35 einzelnen Mitgliedern der israelischen Regierung bei einer Konferenz am
36 28.01.2024 geäußert wurden.
- 37 • Die Unterstützung des Terrors von Hamas, PIJ und Hisbollah durch das
38 iranische Regime.

39 **Antisemitismus lässt sich nicht mit Rassismus** 40 **bekämpfen!**

41 Wir lehnen das falsche Narrativ des "Importierten Antisemitismus" ab.
42 Antisemitismus existiert schon lange in Deutschland, sehr viele antisemitischen
43 Straftaten haben einen rechtsextremen Hintergrund. Antisemitismus ist jedoch
44 nicht nur ein Problem im rechten Spektrum, sondern in allen Teilen der
45 Gesellschaft und in allen politischen Strömungen anzutreffen. Dem treten wir
46 entgegen.

47 Aktuell erhalten die Stimmen von migrantisierten Menschen in den Medien und in
48 politischen Organisationen häufig wenig Gehör. Palästinenser*innen werden dazu
49 besonders diskriminiert und ausgeschlossen, da sie in Deutschland als staatenlos
50 bezeichnet werden. Statt der Verbreitung von rassistischen Narrativen, setzen
51 wir uns für eine bessere Repräsentation von marginalisierten Perspektiven.
52

53
54 Stimmen von Palästinenser*innen wie von Israelis müssen gehört werden!

55 56 **Antisemitismus an den Berliner Unis**

57 **Gegen Antisemitismus egal, wo!**

58 Wir distanzieren uns ausdrücklich von linken Gruppen wie "Waffen der
59 Kritik/Klasse Gegen Klasse", die an der FU Berlin antisemitische Parolen und
60 Lehren verbreiten. Wir verurteilen den mutmaßlich antisemitischen Angriff auf
61 den FU-Studenten Lahav Shapira.

62 Gleichzeitig lehnen wir die Forderung des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner
63 ab, eine Exmatrikulation von Studierenden im Hochschulgesetz wieder einzuführen.
64 Die Rückkehr des repressiven Ordnungsrechts an Universitäten ist kein Ersatz für
65 eine antisemitismus- und rassismussensible Staatsanwaltschaft und für
66 Präventionsangebote in Schulen und Hochschulen. Gerade wenn Rechte Kräfte in
67 Deutschland immer stärker werden, müssen wir darauf achten, dass Diskursräume
68 wie unsere Universitäten die höchstmögliche Freiheit garantieren und kein
69 Ordnungsrecht geschaffen wird, das die Exmatrikulation für politische
70 Positionierung ermöglicht. Die Anwendung des Hausrechts im Extremfall von
71 körperlicher Gewalt an der Hochschule halten wir für notwendig.

72 Als Teil der Meinungs- und Versammlungsfreiheit an Universitäten sind für uns
73 ganz klar auch Formen des zivilen Ungehorsams legitim. Zu diesen gehören auch
74 friedliche und gewaltfreie Hörsaalbesetzungen, die keinennicht (israelbezogenen)
75 Antisemitismus oder Rassismus propagieren.

76 Eine dauerhafte Präsenz von Polizei auf dem Campus lehnen wir ab.

77 78 **Internationalismus leben - International Druck** 79 **für Frieden und eine Lösung des Konflikts** 80 **ausüben!**

81 Als GRÜNE JUGEND Berlin fordern wir die GRÜNE JUGEND Bundesebene dazu auf, sich

82 zur aktuellen Lage in Israel, Gaza und dem WestjordanlandWest-Bank zu
83 positionieren und sich gemeinsam mit der FYEG (Federation of Young European
84 Greens) und in progressiven Bündnissen für ein sofortiges Ende der Gewalt gegen
85 Zivilist*innen und für eine friedliche und gerechte Lösung des Konflikts
86 einzusetzen. Wir sind besorgt über die Äußerungen einzelner politischer Gruppen,
87 die die antisemitische und völkerrechtswidrige Vernichtungsaktion der Hamas,
88 PFLP und anderer vom 07. Oktober 2023 mit über tausend Toten oder das Leid der
89 Palästinenser*innen in Gaza verharmlosen, relativieren oder sogar rechtfertigen.

90 Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass sich Menschen mit Antisemitismus- und
91 Rassismuserfahrungen (MARE) in Bündnissen mit solchen Organisationen bedroht
92 fühlen können und die Gefahr besteht, dass wir sie als Mitglieder und politische
93 Mitstreiter*innen verlieren. Wir fordern deswegen die Bundesebene und die
94 Landesverbände der GRÜNEN JUGEND, sich kritisch mit Bündnispartner*innen
95 auseinanderzusetzen und ihre Entscheidungen für Kooperationspartner*innen für
96 den Verband transparent zu machen.

97
98 Wir begrüßen sehr, dass der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin aktuell
99 unter Begleitung der Mobilien Beratung gegen Rechts seine Bündnisarbeit in dieser
100 Hinsicht kritisch reflektiert und wollen die GRÜNE JUGEND Bundesebene ermutigen,
101 vergleichbare Prozesse anzustoßen.

102
103 Wir fordern die GRÜNE JUGEND Bundesebene auf, sich darüber hinaus öffentlich an
104 die Seite israelischer Linker wie der Bewegung Standing Together zu stellen und
105 sich dafür einzusetzen, dass ein gerechter und nachhaltiger Frieden geschaffen
106 wird. Dazu gehören für uns:

- 107 • Ein sofortiger, beidseitiger und nachhaltiger Waffenstillstand zum Schutz
108 von Zivilist*innen in Israel, Gaza und dem Westjordanland.

- 109 • eine sofortige Freilassung der israelischen Geiseln

- 110 • Eine Verbesserung der katastrophalen humanitären Lage in Gaza

- 111 • rechtsstaatliche Institutionen und demokratische Wahlen in den
112 Palästinensischen Gebieten mit dem Ziel einer legitimierten Vertretung der
113 Palästinenser*innen

- 114 • Politische Autonomie für einen zukünftigen souveränen palästinensischen
115 Staat. Das Recht auf Selbstbestimmung von Palästinenser*innen muss
116 international anerkannt und gesichert sein.

- 117 • ein Ende der Gewalt durch IDF und Siedler*innen in der Westbank

- 118 • die Freilassung von fälschlich inhaftierten Palästinenser*innen in Israel

- 119 • ein Ende der illegalen Siedlungspolitik durch die israelische Regierung

- 120 • und eine Zweitstaaten-Lösung

- 121 • Die Entwaffnung und Auflösung der Terrororganisation Hamas und weiterer
122 Organisationen, die sich an den terroristischen Angriffen auf Israel
123 beteiligt haben sowie ein Ende der Angriffe aus Libanon auf Israel

124 Wir sehen die aktuelle israelische Regierung und ihre klare Positionierung gegen
125 eine Zweistaatenlösung und einen Waffenstillstand kritisch. Mitglieder der
126 israelischen Regierung und Parlament, die völkerrechtswidrige und
127 menschenverachtende Vertreibungsfantasien gegen Palästinenser*innen geäußert
128 haben, können nicht Teil eines nachhaltigen und glaubwürdigen Friedensprozesses
129 sein.

130 Der Konflikt findet dabei nicht in einem Vakuum statt. Besonders die Rolle des
131 Iran in der Unterstützung des Terrors gegen Israel sollte dabei verurteilt
132 werden. Die Revolutionsgarden des iranischen Regimes spielen eine zentrale Rolle
133 im koordinierten Terror in der Region und sollten deshalb auch als
134 Terrororganisation eingestuft werden.

135 Außerdem fordern wir die konsequente Aufklärung aller möglicher Verstrickungen
136 zwischen UNRWA (dem UN-Hilfswerk für palästinensische Geflüchtete) und der Hamas
137 sowie der Vorwürfe von Veruntreuung und Korruption gegenüber UNRWA. Abhängig von
138 den Ergebnissen der Aufklärung braucht es wirksame Konsequenzen und Reformen.
139 Diese müssen die aktuelle Lage in Gaza berücksichtigen und dürfen nicht zu einer
140 Verschlechterung der humanitären Hilfe für Palästinenser*innen führen. Ein
141 Kollaps der humanitären Hilfe, vor allem während des Krieges, wäre katastrophal.

142 Im Gegenteil sollte die humanitäre Hilfe, frei von etwaiger Korruption und
143 Zweckentfremdung, weiter ausgebaut werden. Um eine noch größere humanitäre
144 Katastrophe zu verhindern, fordern wir die israelische Regierung auf, den freien
145 Zugang zu humanitärer Hilfe in Konfliktzonen zu sichern und sicherzustellen,
146 dass es nicht zu Blockaden kommt.

147 Ein diplomatischer und multilateraler Friedensprozess kann nur Erfolg haben,
148 wenn alle Bevölkerungsgruppen über demokratisch legitimierte Vertreter*innen
149 verfügen, die sich einer friedlichen und gerechten Lösung des Konflikts
150 verpflichtet fühlen. Ziel eines Friedensprozesses muss die Bildung von zwei
151 souveränen, demokratischen, rechtsstaatlichen, sicheren und lebenswürdigen
152 Staaten für Israelis und Palästinenser*innen sein. Wir streben weiterhin für
153 einen dauerhaften Frieden in der Region. Eine friedliche Koexistenz zwischen
154 Israel, Palästina und Nachbarstaaten ist möglich.

155 Ceasefire now! Bring them Home now!